

Antrag 97/II/2021**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Transparenz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung stärken**

1 Wir fordern die Einführung von öffentlich zugänglichen
2 Transparenzregistern für den Einsatz von Künstlichen
3 Intelligenz-Systemen (KI-Systeme) in den öffentlichen
4 Verwaltungen auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene.
5 Neben den Ministerien auf Landes- und Bundesebene so-
6 wie den Ämtern auf kommunaler Ebene, soll diese Trans-
7 parenzpflicht auch insbesondere für Polizei und die Ämter
8 für Flüchtlingsangelegenheiten gelten. In dem Transpa-
9 renzregister soll veröffentlicht werden, welche KI-Systeme
10 zu welchen Zwecken im öffentlichen Dienst eingesetzt
11 werden. Es soll darüber hinaus transparent dargestellt
12 werden, auf welcher Datenbasis und nach welcher Logik
13 die eingesetzten KI-Systeme Entscheidungen treffen.

14
15 Weiterhin sollte die Einführung von neuen KI-Systemen
16 im öffentlichen Dienst, durch eine Folgenabschätzung be-
17 gleitet werden. In diesem Bericht sollten die Tragweite
18 und mögliche entstehende Auswirkungen auf die Gesell-
19 schaft, die durch die Einführung eines solchen Systems
20 entstehen könnten, analysiert werden. Dabei sollten auch
21 konkrete Maßnahmen der Verwaltung genannt werden,
22 durch welche negative Auswirkungen von KI-Entscheidun-
23 gen wie Diskriminierungsformen vermindert werden kön-
24 nen. Das „Impact Assessment“ soll soweit rechtlich mög-
25 lich öffentlich zugänglich gemacht werden. Des Weiteren
26 sollte der Einsatz der verwendeten KI-Systemen auch fort-
27 laufend durch das Parlament evaluiert werden.

28
29 **Begründung**

30 KI-Systeme sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sei es, dass uns auf sozialen Medien personalisierte Werbung angezeigt wird, Unternehmen Bewerber*innen durch Software automatisch nach bestimmten Kriterien filtern lassen oder indem Chatbots Bürger*innen bei Verwaltungsdienstleistungen helfen. In dem derzeitigen Entwurf der EU-Kommission zur Regulierung von KI-Systemen fallen alle maschinellen Lernansätze, logischen und wissensbasierten Ansätze sowie statistische Ansätze, mit denen automatische Entscheidungen und Vorhersagen getroffen werden können, unter die Definition eines KI-Systems.

41
42
43 Neben Effizienzgewinnen und Arbeitsentlastung stehen
44 aber vor allem die negativen Auswirkungen solcher Systeme auf die Gesellschaft im Fokus der derzeitigen Debatte. So zeigte die Kindergeld-Affäre in den Niederlanden zum Beispiel eindrucksvoll, wie eingesetzte KI-Systeme in der

LPT II/2021: Überwiesen an Forum Netzpolitik**Stellungnahme des Forum Netzpolitik zum Antrag**

Das Forum Netzpolitik empfiehlt **Zustimmung** mit folgender Ergänzung:

Hinter „Der Landesparteitag möge beschließen:“ wird „Der Bundesparteitag möge beschließen:“ eingefügt.

Begründung: Der Antrag bezieht sich auch auf Bundesbehörden.

48 Verwaltung Personen mit Migrationshintergrund syste-
49 matisch diskriminiert haben und zu Unrecht Kindergeld-
50 nachzahlungsforderungen an diese Familien gestellt wur-
51 den. Die Entscheidungen wurden im Einzelfall nicht über-
52 prüft und es war den Betroffenen oftmals nicht möglich,
53 sich gegen diese Entscheidungen zur Wehr zu setzen. Vie-
54 le Familien in den Niederlanden wurden dadurch in den
55 finanziellen Bankrott getrieben. Ein anderes Beispiel aus
56 Österreich zeigt, dass in der Verwaltung eingesetzte KI-
57 Systeme auch nach Geschlecht diskriminieren. So hat ein
58 Arbeitsmarktservice in Österreich das Geschlecht "weib-
59 lich" als einen negative Eigenschaft für den Arbeitsmarkt
60 bewertet und Frauen* dadurch systematisch an Jobs mit
61 geringeren Qualifikationsanforderungen verwiesen.

62

63 Diese Beispiele zeigen, dass Systeme, welche automa-
64 tische Entscheidungen treffen, häufig diskriminierendes
65 Verhalten replizieren. Oft liegt dies daran, dass die für die
66 Entscheidung genutzte Datenbasis nicht nah genug die
67 Realität abbildet oder dass Entwickler*innen teils ihre ei-
68 genen Vorurteile auf die Systeme übertragen. Gerade bei
69 Verwaltungsentscheidungen, die oftmals viele Bürger*in-
70 nen direkt betreffen, sollte deshalb eine hohe Sorgfalts-
71 pflicht und Transparenz bei der Nutzung von algorithmi-
72 schen Systemen bestehen.